

A large, bright yellow mushroom cloud from a nuclear explosion is centered in the upper half of the image. The background is a dark, teal-blue sky with some lighter clouds. The overall tone is somber and dramatic.

Werner Sonne

Leben mit der Bombe

Atomwaffen in Deutschland

SACHBUCH

EBOOK INSIDE



Springer

Leben mit der Bombe

Werner Sonne

Leben mit der Bombe

Atomwaffen in Deutschland

2. Auflage

 Springer

Werner Sonne
Berlin, Deutschland

ISBN 978-3-658-28373-5 ISBN 978-3-658-28374-2 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-28374-2>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2018, 2020
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Umschlagbild: © U.S. Department of Energy (Ausschnitt)
Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Für, ganz besonders, Nicole, die viele Monate geduldig und verständnisvoll das Entstehen dieses Buches mitgetragen hat und so mit der Geschichte der Bombe leben musste.

INHALT

Statt eines Vorworts	1
----------------------	---

TEIL 1

1 Weil nicht sein kann, was nicht sein darf	5
2 Schwarz-Gelb gegen die Bombe – aber nicht wirklich	27
3 Die Bombe, die noch mehr können soll	37
4 Ein Machtwort der Kanzlerin	45
5 Wer hat den Schwarzen Peter – Moskaus A-Waffen	55
6 NATOs Abschreckung – ohne Trump leere Drohung	83
7 Proliferation – das nukleare Schreckgespenst	99
8 Abrüstung nein danke – jedenfalls nicht jetzt	109
9 Wieder große Koalition – und wieder weiter so mit der Bombe	113

TEIL 2

10 Ein Faustischer Pakt – Hitlerdeutschlands Versuch, an die Atombombe zu kommen	127
11 Albert Einstein und die Bombe	149
12 Die Partei hat immer recht	165
13 Wie Adenauer lernte, die Bombe zu lieben	173

VIII Inhalt

14 Keine Experimente – wie Adenauer die atomare Bewaffnung durchsetzte	199
15 Hilf dir selbst, so hilft dir Gott – der Sputnik-Schock und die Folgen	211
16 Ja, wir waren unpolitisch – vom Umgang mit der Bombe	229
17 Am Rande des Abgrunds	239
18 Ein Abgrund von Landesverrat	255
19 MLF – und wieder wird nichts aus deutscher Teilhabe	261
20 Der Harmel-Bericht – die neue NATO	271
21 Apokalypse im Bunker	277
22 Ein Abendgebet mit Folgen – die Nachrüstung	287
23 Massenproteste wie nie – und doch umsonst	305
24 Die DDR und die Bombe	317
25 Die doppelte Null – weg mit allen Mittelstreckenraketen	329
26 Terrorgefahr – die schmutzige Bombe	345
Nachwort	355
Literaturverzeichnis	359
Gesprächspartner des Autors	365



STATT EINES VORWORTS

»Die Menschheit steht vor zwei simultanen existenziellen Bedrohungen, von denen jede ein Grund für extreme Sorgen und unmittelbare Aufmerksamkeit ist. Die wichtigen Bedrohungen – Atomwaffen und der Klimawandel – wurden im vergangenen Jahr verschärft durch einen verstärkten Informationskrieg, um die Demokratie rund um die Welt zu untergraben, der das Risiko von diesen und anderen Bedrohungen erhöht und die Zukunft der Zivilisation in eine außerordentliche Gefahr bringt.

Im nuklearen Bereich gaben die USA den nuklearen Iran-Deal auf und kündigten an, aus dem Vertrag über die Mittelstreckenraketen (INF) auszusteigen, gravierende Schritte auf dem Weg zu einem völligen Abbau des weltweiten Waffenkontrollprozesses. Obwohl die USA und Nordkorea von ihrer kriegeserischen Rhetorik aus 2017 abrückten, bleibt das dringende nordkoreanische nukleare Dilemma ungelöst. In der Zwischenzeit schreiten die Atommächte der Welt mit einem Programm der ›nuklearen Modernisierung‹ voran, das kaum zu unterscheiden ist von einem weltweiten Rüstungswettlauf, und die Militärdoktrinen Russlands und der USA haben zunehmend das lange durchgehaltene Tabu gegen die Verwendung von Atomwaffen erodiert.

Aber Bedrohungen müssen eingestanden werden, bevor sie effektiv angegangen werden können. Die gegenwärtige Lage – in der sich Bedrohungen durch nukleare, Klima- und In-

formationskriegsführung verbinden und unzureichend anerkannt und angesprochen werden, wenn sie nicht einfach ignoriert oder bestritten werden – ist unhaltbar. Je länger die Führer der Welt und die Bürger sorglos in dieser neuen und unnormalen Realität leben, wird die Welt umso wahrscheinlicher eine Katastrophe historischen Ausmaßes erleben.«

Übersetzung einer Erklärung des »Bulletin of Atomic Scientists« aus dem Jahr 2019. Die Wissenschaftler justieren jedes Jahr die Zeiger der Doomsday Clock neu, die den Weltuntergang anzeigt. Im Jahre 1991 hatten sie die Weltuntergangsuhr auf 17 Minuten vor Mitternacht gestellt, angesichts historisch tiefer Reduzierungen in den nuklearen Arsenalen, die ganz besonders das soeben wiedervereinigte Deutschland betrafen, aus dem Tausende von Atomsprengköpfen abgezogen wurden. Jetzt rückte die Doomsday Clock wieder auf zwei Minuten vor Mitternacht vor, die gefährlichste Einstellung seit den frühen Fünfzigerjahren, als die Wasserstoffbombe erfunden wurde. »Leben mit der Bombe« soll zu dieser Entwicklung von ihrem Anfang an bis heute die Fakten und Hintergründe liefern – mit den Erfahrungen von vielen, die unmittelbar mit den nuklearen Strategien und Deutschlands Beitrag dazu zu tun haben.

TEIL 1



1 WEIL NICHT SEIN KANN, WAS NICHT SEIN DARF

Es ist ein grauer, verregener Tag. Über die Eifelhöhen fegt ein kalter Wind. Aus den Wolken sinken im Landeanflug zwei Tornado-Jagdbomber mit dem Eisernen Kreuz der deutschen Luftwaffe auf ihren Tragflächen herab. Die Piloten haben den Schubhebel mit der linken Hand fast auf Leerlauf zurückgenommen, die Landeklappen und das Fahrwerk ausgefahren. Mit rund 160 Meilen setzen sie auf, die Maschinen kommen fast zum Stillstand, rollen dann weiter zu ihren verbunkerten Unterständen.

Aufjaulende Düsentriebwerke, Jagdbomber, die in dem hier oft auftretenden Nebel verschwinden, nach anderthalb, zwei Stunden zurückkommen, Alltag seit rund 60 Jahren in Büchel. Die Menschen hier sind den Lärm gewohnt, es gehört zu ihrem Leben dazu wie die Weinberge an der nahe gelegenen Mosel. Auch Holger Haupt kennt das seit Jahrzehnten. Er ist grüner Stadtrat in Cochem.

»Wir sind die Nestbeschmutzer«, sagt Haupt, »wir haben das Ganze hier an die Öffentlichkeit gebracht, man wollte das ja überhaupt nicht bekanntmachen.« Und er ist schon seit den Achtzigerjahren dabei, bei den Aktivisten, die dagegen sind

Zusatzmaterial online

Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Kapitels (https://doi.org/10.1007/978-3-658-28374-2_2) enthalten.

und praktisch jedes Frühjahr mit ihren Demonstrationen beginnen. Büchel ist das Zentrum des Aufbegehrens gegen nukleare Rüstung auf deutschem Boden. Militante Aktivisten haben auch schon mal den maroden Zaun rund um den Flugplatz durchschnitten und sind bis zur Landebahn vorgedrungen. Holger Haupt will keine Gewaltanwendung, aber der Alt-Grüne gehört zum harten Kern des friedlichen Widerstandes. »Wir reden von Atomwaffen, aber von Atomwaffen darf man hier nicht sprechen, es wird hier immer nur von Sonderwaffen geredet, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.«

Was nicht sein darf, ist das klare Eingeständnis, dass hier auf dem Fliegerhorst Büchel seit sechs Jahrzehnten Atombomben lagern. Das Jagdbombergeschwader 33 war die erste deutsche Luftwaffeneinheit, die Ende der Fünfzigerjahre mit amerikanischen Atombomben ausgestattet wurde, und sie ist es bis heute. Dieser kleine Ort in der Eifel ist der einzige Ort in Deutschland, an dem überhaupt noch Atomwaffen gelagert sind. In den Hochzeiten des Kalten Krieges waren es um die 7 000 atomare Sprengköpfe im damals geteilten Land, heute sind es nur noch etwa 20. Aber diese Atombomben haben politisch eine überproportional große Bedeutung. Sie sind Deutschlands Rückversicherung gegen einen Feind, der nicht mehr genannt wird. Früher war klar, dass damit der russische Bär gemeint war, die scheinbar übermächtige Sowjetunion.

Heute gibt es für diese Bomben keine festen Ziele mehr. Aber ein nuklearer Einsatz ist nur denkbar gegen einen Feind, der ebenfalls Massenvernichtungswaffen hat und bereit ist, sie auch zu nutzen. Heute tut man sich deshalb schwer, dies so klar auszusprechen, aber die Rückkehr zu den Großmachtambitionen Wladimir Putins hat die nukleare Abschreckung wieder stärker in den Blickwinkel gerückt. Die NATO ist von Anbeginn eine nukleare Allianz, und auch die Berliner Politik will, dass dies so bleibt. Das Jagdbombergeschwader 33 mit seinen Piloten ist das Werkzeug dieses politischen Willens.

Offiziell redet man auf deutscher Seite nicht über diese Atombomben, die auf dem Fliegerhorst in Bunkern unter

der Erde untergebracht sind. Es gelten strenge Geheimschutzregeln. US-Oberstleutnant Robert Custer dagegen hat keine Probleme damit, dies im Gespräch freimütig zu bestätigen. Er ist der Kommandeur der 702nd MUNSS (oder Munitons Support Squadron) der US-Luftwaffe, und mit rund 150 Soldaten bewacht diese Einheit die B-61-Atombomben in Büchel, die das Kernstück der sogenannten nuklearen Teilhabe Deutschlands an der atomaren Abschreckung der NATO sind.

»Wir trainieren, trainieren, trainieren«, sagt Custer über die wichtigste Aufgabe seiner Einheit. Regelmäßig werde mit den Deutschen mit Übungssprengköpfen das Einhängen der Bomben eintrainiert. Dabei komme es vor allem auf Präzision an, das sei eben besonders wichtig, denn es gehe schließlich um Atomwaffen. Er ist der Mann, der im Ernstfall auf einer separaten Datenleitung über einen Code aus dem Weißen Haus die Freigabe für den Einsatz der Atombomben bekommt, und wenn der US-Präsident dies entschieden hat, dann erfordert sie auf einem zweiten Strang noch den Befehl des NATO-Oberkommandierenden im belgischen Mons, ebenfalls ein Amerikaner, um diese Bomben den deutschen Piloten zu übergeben, die sie dann mit ihren Tornado-Jagdbombern in ihre von der westlichen Militärallianz ausgegebenen Ziele tragen würden. Das ist das Einsatzprinzip, das von Anfang an galt, und daran hat sich auch bis heute nichts geändert.

Robert Custer, seine Soldaten und die rund 150 Familienangehörigen sind gerne in Büchel. Die karge Eifellandschaft schreckt sie nicht ab. Dies sei ein gesuchter Standort. Wenn man im US-Militär etwas mit Atombomben zu tun habe, dann arbeite man sonst im Zweifelsfall in Wyoming, den Dakotas oder in Nebraska, also in den fast menschenleeren Prärien Amerikas, dort, wo die in Erdsilos verbunkerten atomaren Interkontinentalraketen auf ihren Einsatz warten. Hier lebe man mitten unter der deutschen Bevölkerung, viele der Kinder gingen auf deutsche Schulen, man fühle sich willkommen, sagt der Herr über die US-Atomwaffen.

Das bestätigt auch Wolfgang Lamberts, der Bürgermeis-

ter von Cochem, in dessen Amtsbereich im Stadtteil Brauheck die Kaserne des Jagdbombergeschwaders 33 liegt. »Die Amerikaner sagen uns, dass sie sich hier sehr wohl fühlen, und sie machen auf uns den Eindruck, dass sie sehr professionell und sehr routiniert mit diesen Dingen umgehen.« Dann spult er ab, dass er »natürlich« die Demonstranten ernst nimmt, wenn sie ihre demokratischen Grundrechte ausnutzten, »aber sie spiegeln nicht die Meinung der Region wider, in keiner Weise.« Tatsächlich, und das bestreitet Lamberts nicht, der als Parteiloser von der CDU-Mehrheit getragen wird, ist der Flughafen Büchel mit seinen rund 2 000 Beschäftigten auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. »Ja, das ist absolut korrekt.« Die Bürger unterstützten »ihren« Verband, man müsse eine »wehrhafte Demokratie« sein, auch in der Erkenntnis, dass es hier um Atombomben gehe. »Atomare Rüstung ist in der Summe sicher ein Problem, aber runtergebrochen auf die hier wohl liegenden Waffen stehen wir hinter unserem Verband und akzeptieren das auch voll und ganz – auch wissend, dass wir eventuell im Zielbereich eines möglichen Angriffes sind.«

So sieht das Problem der nuklearen Teilhabe Deutschlands aus der lokalen Perspektive aus, wo man ganz direkt mit der gefährlichsten Waffe leben muss, die die Menschheit je erfunden hat.

Aber auch hier am Ort kann man die großen Linien erkennen, die die Diskussion darüber seit jeher bestimmen: Die Angst vor der Bombe und der Protest dagegen auf der eine Seite, auf der anderen Seite die Suche nach dem Schutz unter dem nuklearen Schirm, der durch die Abschreckung die nukleare Balance gesichert und den Frieden, so bedroht er auch gewesen sein mag, erhalten hat.

Die Atombombe, lange fast vergessen und gerne verdrängt, rückt in der internationalen Debatte wieder nach vorn. Das wird erhebliche Auswirkungen auch auf den kleinen Ort in der Eifel haben, wo vieles anders werden wird, von der Ersetzung der veralteten Tornado-Jagdbomber bis zum Austausch

der ebenfalls an ihre Nutzungsgrenze geratenden B-61-Bomben. Das führt zu vielen Fragezeichen. Das Zeitalter der atomaren Bedrohung liegt nicht hinter uns, die Zukunft dieser Form der militärischen Bewaffnung hat gerade neu begonnen, und sie nimmt an Geschwindigkeit beängstigend zu. Gerade weil die Berliner Politik an den Atomwaffen auf deutschem Boden festhalten will, muss sie sich den großen, damit verbundenen Herausforderungen stellen, die wieder dringlicher werden. Die deutsche Politik ist dabei abhängig von der Lage in einer Welt, von der viele immer lauter beklagen, dass sie aus den Fugen zu geraten drohe.

Das Jahr 2014 war dabei eine Zeitenwende. Wladimir Putins Annektierung der bis dahin ukrainischen Krim und der Versuch, auch in der Ostukraine mit massiver Unterstützung russischer Soldaten eine »Neues Russland« zu etablieren, waren ein Weckruf: Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wurden im Herzen Europas Grenzen mit Gewalt verändert.

Die NATO, die bis dahin Russland als Partner und nicht als Gegner angesehen hatte, schaltete schnell um und fasste auf dem Gipfel der Allianz in Wales weitreichende Beschlüsse, deren Kern die Rückbesinnung auf den Artikel 5 ihres Gründungsvertrages, nämlich die Beistandsklausel für alle Mitglieder und damit die Rückkehr zum Konzept der Abschreckung war. Und Abschreckung – das bedeutete von Anfang an auch die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen.

Dabei spielt bis heute eine Grundüberlegung eine entscheidende Rolle, die mit Atomwaffen und ihrer machtpolitischen Wirkung zu tun hat. Als die Sowjetunion zerfiel, war die Ukraine wegen der Stationierung von 176 Interkontinentalraketen und 2 500 taktischen Atomwaffen auf ihrem Territorium plötzlich die drittgrößte Atommacht. Die Trägerraketen wurden sogar in Dnipropetrowsk produziert. Mit ausdrücklicher Zustimmung des Westens wurde im Dezember 1994 das Budapester Memorandum unterzeichnet, in dem die Ukraine zustimmte, dieses Atomarsenal an Russland zu übergeben gegen die Zusicherung der Unversehrbarkeit der »existieren-

den Grenzen«. Gleichzeitig trat die Ukraine dem Atomsperrvertrag bei und verzichtete damit endgültig auf alle atomaren Ambitionen. Auch für Kasachstan und Weißrussland wurden solche Übereinkommen getroffen.

20 Jahre später setzte sich Russland über dieses Gebot der Unversehrbarkeit der Grenzen hinweg. Die Botschaft, die auch in Berlin sehr deutlich daraus abgelesen wurde: Wer keinen nuklearen Schutz hat, kann sich nicht gegen Erpressung und sogar militärische Überfälle schützen.

Bis heute wird in der Bundesregierung nachdrücklich an diesen Vorgang erinnert, auch als Begründung dafür, dass Deutschland am amerikanischen Schutzschirm festhalten und mit seinen eigenen atomaren Trägerwaffen in Büchel einen Beitrag dazu leisten will.

Formell liegt diese Teilhabe zwar in der nationalen, souveränen Entscheidung auch der Deutschen, aber tatsächlich kann in Berlin nichts alleine entschieden werden, jeder einseitige Beschluss der führenden Macht Europas auf diesem Gebiet würde die westliche Verteidigungsallianz sprengen. Denn auch andere Mitglieder beteiligen sich mit ihren Trägersystemen am Atomschild. Italien, Belgien, die Niederlande und auch die Türkei haben wie die Bundesrepublik dem NATO-Hauptquartier Flugzeuge, Piloten oder Munitionsdepots zur Verfügung gestellt, auch sie sind Teil der nuklearen Abschreckung, die mit rund 180 amerikanischen Sprengköpfen in Europa aufrechterhalten wird. Würde Berlin sich zurückziehen, würde ein wichtiger Bestandteil dieses Verbundes herausgebrochen, der politisch kaum zu ersetzen wäre. Dann würde sich auch die Frage stellen, ob die Führungsmacht Europas von den kleineren Nachbarländern Belgien und den Niederlanden erwarten würde, sie im Ernstfall mit ihren Trägerwaffen im Rahmen der Abschreckung nuklear zu verteidigen – oder ob, was vor allem in Holland anstehen könnte, sich die Nachbarn ebenfalls aus der Verantwortung entlassen würden.

Noch bevor die alte Bundesrepublik 1955 überhaupt ihre Souveränität wiedergewonnen hatte und in die NATO ein-

getreten war, wurde Deutschland zum potenziellen atomaren Schlachtfeld, wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl der nuklearen Sprengköpfe, waren die Gründungsväter der westdeutschen Republik darum bemüht, sie mit allen Mitteln mit Kernwaffen gegen einen vermeintlich übermächtigen, ebenfalls atomar hochgerüsteten Feind zu verteidigen und strebten sogar nach der eigenen Bombe – und nahmen dabei in Kauf, dass das Land im Ernstfall auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze Opfer eines nuklearen Holocaust geworden wäre, in des Wortes wahrster Bedeutung, das die Altgriechen mit »völlig verbrannt« beschrieben.

Gerd Overhoff hat als Soldat viele Jahre mit der Bombe gelebt, aus nächster Nähe. Bei der Bundeswehr gehörte er 1958 in Büchel zu den ersten Piloten überhaupt, die den Auftrag hatten, im Falle eines Angriffs die Truppen der östlichen Nachbarstaaten atomar zu bekämpfen – den anderen Teil Deutschlands eingeschlossen. Später war er der Kommandeur eines Strike-Geschwaders in Nörvenich bei Köln, das bereit sein musste, innerhalb von 15 Minuten mit den ersten atomar ausgerüsteten Jagdbombern in der Luft zu sein. Heute schaut er zurück und sagt: »Ich persönlich glaube, dass das Prinzip der Abschreckung in der Tat funktioniert hat. Wenn man das bis zu Ende denkt, dann muss man sagen, es funktioniert so lange wie es keinen Einsatz gibt. Wenn der Einsatz wirklich losgegangen wäre, entweder aggressiv, vom ersten Tag an oder als Reaktion der NATO, dann wäre der ganze nukleare Austausch nicht abzuwenden gewesen und dann wäre die Welt wahrscheinlich aus den Fugen geraten, denn das Überleben wäre hinter einem solchen Zirkus nicht mehr möglich gewesen. Wir reden heute von globaler Erwärmung, die hätten wir dann massiv gehabt.«

Die nukleare Abschreckung, und so schnell es ging mit aktiver deutscher Beteiligung, gehörte schon früh zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Und sie tut es bis in die Gegenwart. Das wird bislang in der Berliner Politik öffentlich nicht herausgestellt, ein Geheimnis ist es aber nicht.

Dabei ist es spannend zu sehen, wie sich die Politik in dieser entscheidenden Frage für die deutsche Sicherheitspolitik entwickelt hat – oder auch nicht.

Der Befund: eher nicht.

Schon vor der dramatischen Verschärfung der internationalen Lage durch die Ukraine-Krise einigten sich die beiden damals noch vergleichsweise großen Volksparteien nach dem Ende des Regierungsbündnisses mit der CDU und den Freien Demokraten (2009–2013) darauf, an der nuklearen Teilhabe festzuhalten. Ein Blick in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition aus dem Jahre 2013 beschreibt das zwar nur gewunden und für den unbefangenen Laien unverständlich, aber der Bezug auf die Beschlüsse der NATO stellt den Zusammenhang her: »Die transatlantische Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts neuer Risiken und Bedrohungen einer globalisierten Welt.«

Und vier Jahre später, nachdem die politischen Umstände Christ- und Sozialdemokraten 2017 erneut zu einer Großen Koalition zusammenzwangen, liest sich das fast wortgleich im neuen Koalitionsvertrag:

»Die NATO bleibt unverzichtbarer Garant und ist Fundament unserer Sicherheit. Deutschland ist und bleibt ein verlässlicher Partner in der Allianz.«

Die westliche Verteidigungsallianz, das unterstellen die Autoren offenbar als bekannt, ist eine Organisation, die ihre Wirkung nach wie vor wesentlich durch ihre nukleare Abschreckung hat, und die deutsche Rolle dabei bleibt ebenfalls unverändert: »Deutschland wird auch künftig einen angemessenen Beitrag zum Erhalt der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und zu einer starken europäischen Verteidigung leisten.«

Deutlicher wird da schon das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr aus dem Sommer 2016. »Gegenüber äußeren Bedrohungen setzt die Allianz auch künftig vorrangig auf Abschreckung.«

Abschreckung – das ist der Urgedanke der westlichen Verteidigungsallianz seit ihrem ersten Tag. Und dazu gehören nach wie vor Atomwaffen, auch in Deutschland. Hier lassen die Autoren anders als im verklausulierten Koalitionsvertrag keine Zweifel: »Solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können, besteht die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung fort. Die strategischen Nuklearfähigkeiten der Allianz, insbesondere die der USA, sind der ultimative Garant der Sicherheit ihrer Mitglieder. Die NATO ist weiterhin ein nukleares Bündnis. Deutschland bleibt über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden.«

Das lässt keinen Interpretationsspielraum offen. Das politische Ziel ist also klar. Es geht, wie die Autoren des Weißbuches ja unmissverständlich formulieren, von einer simplen Annahme aus: Die Amerikaner stellen mit ihren Atomwaffen den nuklearen Schutzschirm. Dies wurde freilich zu einem Zeitpunkt formuliert, als in Washington der Präsident noch Barack Obama hieß. Inzwischen haben die Wähler in den USA jedoch dem Land eine neue Richtung gegeben. Mit Donald Trump zog ein Präsident ins Weiße Haus ein, der diese jahrzehntelange Gewissheit in ihren Grundfesten erschütterte. Trump ging in seinem Wahlkampf 2016 höchst leichtfertig mit dem Thema Atomwaffen um. Er stellte diesen Schutzschild der USA vor allem für Verbündete wie Korea und Japan infrage und ging so weit, dass solche Länder doch selbst für ihre nukleare Abschreckung sorgen sollten. Auch den Iran-Deal mit Teheran, mindestens für zehn Jahre auf die Entwicklung einer eigenen Bombe zu verzichten, eine entscheidende Sperrmauer gegen die nukleare Proliferation, wollte er zerreißen. Und das tat er dann auch – gegen den entschiedenen Widerstand aller anderen Signatarstaaten, darunter Deutschland, das einen entscheidenden Anteil an der Aushandlung dieses Vertrags mit Teheran hatte. Und dann tat er einen weiteren Schritt: Er kündigte 2019 das Abkommen über die völlige Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen, den INF-Vertrag aus dem

Jahre 1987, nachdem Russland neue Waffen dieser Kategorie entwickelt und stationiert hatte.

Mit diesen Schritten der beiden großen Atommächte Russland und USA wurde das ohnehin höchst fragile Gleichgewicht der atomaren Rüstung ganz grundsätzlich beschädigt. Zwar versuchte Trump mit spektakulären Schritten, unter anderem bei Treffen mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un, dieses Land von einer weiteren Atomrüstung abzuhalten. Doch dieser Versuch stellte sich als vergeblich heraus. Nordkorea setzte seine Rüstung fort und unterstrich das auch immer wieder mit Raketentests.

In vielen Ländern kam nun sogar die Diskussion auf, wie man sich auch nuklear selbst schützen könne. Eine Gefahr, die die Welt erstmals seit dem Kalten Krieg wieder näher an den Abgrund rücken würde. Schon meldeten sich auch hierzulande Stimmen zu Wort, die sogar forderten, Deutschland in diesen unsicheren Zeiten zu einer eigenen Atommacht zu machen. So argumentierte der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Berthold Kohler, wenn Trump bei seiner Linie bleibe, »dann wird Amerika die Verteidigung Europas in einem Maße den Europäern überlassen, das sie seit 1945 nicht mehr kennen.« Und dann kommt er auf den Punkt, der bisher in der deutschen Politik in diesem Jahrhundert der absolute Tabubruch wäre, und beschreibt das selber als »das für deutsche Hirne ganz und gar Udenkbare, die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit, welche die Zweifel an Amerikas Garantien ausgleichen könnte. Die französischen und britischen Arsenale sind dafür in ihrem gegenwärtigen Zustand zu schwach.«

Was wie eine provokante Einzelstimme daherkam, erwies sich als Startschuss für eine Debatte, die auch über die deutschen Grenzen hinaus geführt wurde. Der Politikwissenschaftler Maximilian Terhalle, Associate Professor an der Winchester University und Senior Research Fellow an der London School of Economics, meldete sich im Berliner *Tagesspiegel* zu Wort. Er bezog sich vor allem auf Wladimir Putins Macht-

ansprüche in Osteuropa und sah die Gefahr, die durch eine von Trump infrage gestellte nukleare Abschreckung entstehen würde: »Die Antwort muss daher lauten: Deutschland braucht Atomwaffen.« Radikal verlangte er von einem Deutschland, »das die Macht von Putins Russland begrenzen will, um unabhängig und damit politisch unbeugsam ein Europa aufrechtzuerhalten, das unseren innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum erhält«, eine militärische Antwort auch auf dem nuklearen Gebiet. »Alles andere ist Illusion, da es Putins wachsende, revisionistische Machtansprüche in einem nicht-US-geschützten Europa naiv unterschätzt.« Auch er verweist auf die nuklearen Arsenale der NATO-Partner Frankreich und Großbritannien, die zugleich dem UN-Sicherheitsrat angehörten. Dabei falle jedoch auf, dass »sie zu geringen Umfangs, zu taktisch ausgerichtet und teilweise veraltet sind und damit in keiner Weise umfassende Abschreckung liefern können«.

Und noch 2018 fragte die *Welt am Sonntag* provozierend: »Brauchen wir die Bombe?« Der Politikwissenschaftler Christian Haake, der 20 Jahre an der Universität der Bundeswehr in Hamburg lehrte, verwies erneut auf die angebliche Unzuverlässigkeit Amerikas unter Donald Trump, unter dem die atomare Schutzgarantie der westlichen Allianz höchst fragwürdig geworden sei, ein Mann, so argumentierte er, der sich bei Diktatoren anbiedere und aus Freunden Gegner mache, während den Feinden der Demokratie der rote Teppich ausgerollt werde. Und der Deutschland zum »Intimfeind Nr. 1« gemacht habe.

Und auch deshalb forderte Haake die deutsche Bombe. Auch er ist überzeugt, dass es mit Frankreich und Großbritannien keine verlässliche gemeinsame nukleare Abschreckung in Europa geben könne, weil beide Länder auf ihrer Eigenständigkeit beharren würden. Deutschland drohe Schutzlosigkeit. Das Land werde hier zu schwierigen Entscheidungen gezwungen, »vor denen sich die Verantwortlichen sich nicht länger drücken dürfen«. Die Bundesrepublik hat sich mehrfach völkerrechtlich verbindlich zum Verzicht auf Atomwaffen verpflichtet. Doch das ficht Haake nicht an. Angesichts neuer Krisen müs-

se nun »notwendigerweise auch die Überprüfung der vertraglichen Ecksteine deutscher Verteidigungspolitik folgen«. Und dann gibt er diesem Ziel noch einen positiven Spin: »Im Übrigen würde eine neue demokratische Nuklearmacht Deutschland die Sicherheit des Westens stärken.«

Deutschland als eigenständige Atommacht? Für viele ein Albtraum, in der Tat das ultimativ Udenkbare. Wenige kennen sich im komplizierten Gebiet der atomaren Rüstung so gut aus wie Richard Burt. In seinen langen Jahren im US-Außenministerium war er unter anderem amerikanischer Botschafter in Bonn und dann unter Präsident George H. W. Bush erfolgreicher Chefunterhändler bei den atomaren Abrüstungsverhandlungen, die 1991 im START-I-Vertrag mit der Sowjetunion mündeten und den ersten großen Durchbruch bei der Reduzierung strategischer Atomwaffen brachten. Heute ist er der oberste US-Vertreter von Global Zero, einer Organisation, die sich für die weltweite Abschaffung von Nuklearwaffen einsetzt. Er warnt nachdrücklich vor Gedankenspielen über eine deutsche Atombombe.

Die Entwicklung einer solchen deutschen nuklearen Abschreckung wäre »auf das höchste destabilisierend«, argumentiert er. Zum einen würde Russland das als eine »existenzielle Bedrohung« empfinden. »Wenn Deutschland eine größere Krise mit Russland haben will, dann wäre dies der beste Weg, das zu erreichen.« Aber auch für seine Beziehungen zu Westeuropa würde dies aus seiner Sicht zu einer schweren Belastung führen, weil die Deutschen einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit verlieren würden, indem sie ihre Zurückhaltung beim Einsatz von militärischer Macht aufgäben – die Warnung also vor einer deutschen Dominanz in Europa durch eine eigene Atombombe. Vor allem aber sieht Burt auch Gefahren im Verhältnis zu den USA, die auch ihre nuklearen Garantien aufgeben könnten, wenn die Deutschen in der Lage wären, selber einen nuklearen Konflikt auszulösen, der dann auch Amerika mit hineinziehen würde.

»Es ist eine überraschend schlechte Idee«, fasst Burt sei-

ne Bedenken zusammen. Auch in der Berliner Politik möchte niemand dieses heiße Eisen nach außen anfassen. Der frühere Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) geht hier auf Distanz:

»Wir sollten uns weiterhin in der NATO diesem (amerikanischen) Schutzschirm unterstellen und keine anderen Diskussionen führen. Das würde eine Entwicklung forcieren, die nicht in Abrüstung, sondern eine gegenteilige Richtung geht, und das wäre der falsche Weg.«

Auch der Koalitionspartner SPD weist alle Versuche, zu einer Atommacht Deutschland zu kommen, zurück:

»Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands. Solche Überlegungen dienen nicht dem Frieden, sondern sie untergraben Grundelemente deutscher und europäischer Sicherheit! Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet.«

Wenn es einen gemeinsamen Nenner in der deutschen Politik über die Parteigrenzen hinaus gibt, dann ist es die Ablehnung einer deutschen Atombombe. Da sind sich sogar die Linke und die AfD einig.* Stefan Liebich, außenpolitischer Sprecher der Linken-Fraktion: »Das wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Wir lehnen das ab.«

Rüdiger Lucassen, von Hause aus Berufsoffizier und verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, sieht zwar die Diskussion darüber, will ihr aber nicht folgen: »Gleichwohl könnten die bereits bestehenden französischen und britischen Nuklearfähigkeiten die der USA nicht ersetzen. Eine deutsche

* Die kompletten Stellungnahmen aller im deutschen Bundestag vertretenden Parteien, die der Autor für dieses Buch eingeholt hat und aus denen in den folgenden Kapiteln zitiert wird, sind veröffentlicht unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-28374-2_1.

Nuklearwaffe wäre auf lange Zeit ebenfalls kein ausreichender Ersatz.«

Die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, betont vor allem die völkerrechtliche Sperre: »Eine deutsche Atombombe wird es nicht geben. Das würde sowohl gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag als auch gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen.«

Agnieszka Brugger, Verteidigungsexpertin der Grünen-Fraktion, hält eine solche Forderung sowohl nach europäischem als auch deutschem Atomschirm für finanziell, völkerrechtlich und politisch »völlig aberwitzig. Ein derartiger Tabubruch hätte verheerende Konsequenzen, denn damit würde Deutschland seine völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag brechen. Auch andere Staaten würden sich dann noch kaum daran gebunden fühlen und nach diesen grausamen Massenvernichtungswaffen streben.«

Festhalten an der jahrzehntealten nuklearen Doktrin mit deutscher Beteiligung, nur keine Änderung – das ist die grundsätzliche Haltung, die im Berliner politischen Establishment vorherrscht, wenngleich es im Oppositionslager dazu, allerdings nur bei Grünen und Linken, eine Abweichung gibt. Und darauf vertrauen, dass die Amerikaner ebenfalls ihre atomare Garantie ohne Wenn und Aber einhalten – auch wenn dieses Grundvertrauen ins Wanken geraten ist, seit in Washington Donald Trump im Weißen Haus das Sagen hat. Nach anfänglichen Fragezeichen zur Zukunft der NATO hat sich zwar auch Trump zur westlichen Allianz bekannt, aber das von ihm losgetretene Misstrauen bleibt. Trump drängt darauf, dass Europa sich vor allem finanziell stärker einbringt. Aber längst geht es um mehr, längst geht es darum, wie die Europäer sich bei ihrer eigenen Verteidigung stärker aufstellen. Und dabei spielt im Hintergrund auch die Verunsicherung über den atomaren Beistand eine große Rolle, die trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nicht verschwinden will.

Im Nachbarland Polen, seit jeher von einem zutiefst anti-russischen Trauma geprägt und um den Schutz der NATO-Ab-

schreckung noch stärker bemüht, lösten Trumps Wahlkampf-Äußerungen die Alarmstufe Rot aus. Polens starker Mann, Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der regierenden nationalkonservativen polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), fand im Gespräch mit der *FAZ* die Idee einer atomaren »Supermacht« Europa gut, meinte aber angesichts der gewaltigen Probleme bei der Finanzierung: »Eine eigene Atommacht müsste mit Russland mithalten können.«

Die Atombombe als Mittel der Politik ist wieder da – allen Visionen von einer fernen Zukunft in einer atomwaffenfreien Welt zum Trotz. In den europäischen Hauptstädten und auch im NATO-Hauptquartier setzte eine Debatte ein.

Wie könnte eine solche Lösung aussehen, wenn man den Amerikanern nicht mehr vertrauen könnte? Jetzt wird die Diskussion völlig unscharf, denn realistisch betrachtet wäre Europa eben dann doch auf die beiden Atommächte Frankreich und Großbritannien angewiesen. Sie haben beide eine eigene atomare Abschreckungsmacht entwickelt. Dabei betonen beide Staaten die Unabhängigkeit bei ihrer nuklearen Rolle, räumen aber gleichzeitig ein, sich an der atomaren Abschreckung der westlichen Allianz im Rahmen dieser Sonderrolle beteiligen zu wollen.

Zur britischen Nukleardoktrin gehört dabei ein zentraler Satz:

»Die Entscheidung und der Einsatz des Systems bleibt völlig souverän im Vereinigten Königreich, nur der Premierminister kann den Start von Nuklearwaffen autorisieren, was sicherstellt, dass die politische Kontrolle ständig erhalten bleibt.«

Großbritannien hat nach dem Kalten Krieg seine Atomstreitmacht drastisch reduziert und alle WE-177-Atombomben, die von Flugzeugen abgeworfen wurden, abgeschafft. In London verweist man darauf, unter den offiziell gelisteten Nuklearstaaten besitze man nur ein Prozent der Sprengköpfe.

Großbritannien hat vier Vanguard-U-Boote mit amerikanischen Trident-Raketen, sein Arsenal wird mit 215 Sprengköpfen angegeben, von denen 120 unmittelbar einsatzbereit

sind. Jedes dieser U-Boote habe nur noch acht Trident-Raketen an Bord, die Zahl der Sprengköpfe sei von 48 auf nur noch 40 pro U-Boot reduziert worden. Bis Mitte der 2020er-Jahre werde die Zahl der britischen Atomwaffen insgesamt auf 180 reduziert.

Allerdings lässt die britische Nukleardoktrin keinen Zweifel daran, dass Großbritannien eine Atommacht bleiben will, der Bau neuer U-Boote des Typs Dreadnought ist beschlossen. In London verweist man dabei auf die wieder gewachsene nukleare Bedrohung in der Welt:

»Nuklearwaffen bleiben ein notwendiges Element bei der Fähigkeit, die wir brauchen, um die extremsten Bedrohungen abzuschrecken. Konventionelle Kräfte allein können denselben Abschreckungseffekt nicht liefern.«, heißt es dazu in der Nukleardoktrin der Londoner Regierung.

Für die Verteidigungsbudgets beider Länder wiegen die Kosten für diese Atommacht überproportional schwer, geplante Modernisierungen mussten deshalb verschoben werden.

Für Frankreich gilt bis heute, was General Charles de Gaulle schon in den Sechzigerjahren einführte: eine eigenständige »Force de Frappe«, eine auf massiver Abschreckung beruhende Atomstreitmacht, über deren Einsatz ausschließlich der französische Präsident und sein kleiner Beraterkreis entscheiden.

In Paris verweist man dabei auch auf eine Rede des damaligen französischen Präsidenten François Hollande, der im Februar 2015 auf der Luftwaffenbasis in Istres in einer bemerkenswert offenen Grundsatzrede die Position seines Landes zur nuklearen Abschreckung dargelegt hatte. Dabei stellte er vor allem eines heraus: Frankreich hat eine Atomstreitmacht, über die es nur allein verfügt, und nur zur Verteidigung vitaler nationaler Interessen – auch wenn es bereit sei, sich für die Verteidigung Europas einzusetzen:

»Aber unsere Abschreckung gehört uns allein. Wir sind es, die entscheiden, und wir sind es, die unsere vitalen Interessen beurteilen.«

Frankreich hält dabei an unter 300 Sprengköpfen fest, verteilt auf vier U-Boote des Typs »Triomphant« mit jeweils 16 M-51-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen und einer strategischen Reichweite zwischen 6 000 bis 9 000 Kilometern sowie »Rafael F3« mit ASMP-A-Marschflugkörpern mit mittlerer Reichweite. Damit will Frankreich in der Lage sein, einem Angreifer absolut unakzeptable Schäden durch Angriffe auf seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nervenzentren zuzufügen. Seine fest verbunkerten Raketen-silos mit Interkontinentalraketen hat das Land aufgegeben.

Der Präsident erläuterte dabei auch die wichtigen Punkte, die zwar die Unabhängigkeit seines Landes als oberstes Prinzip betonten (Hollande: »Euer Land hat, was am liebsten, am wertvollsten und essenziellsten ist: seine Unabhängigkeit«), gleichzeitig dennoch auch eine Rolle im europäischen wie im atlantischen Kontext beschrieben. Die vitalen Interessen könnten nicht auf die nationale Ebene beschränkt bleiben, »weil Frankreich seine Verteidigungsstrategie nicht isoliert entwickelt, selbst im nuklearen Bereich«. Hollande erinnerte dabei an die enge Zusammenarbeit mit Großbritannien, mit dem man »eine beispiellose Zusammenarbeit« pflege, und beide Länder hätten auch innerhalb der westlichen Allianz im nuklearen Bereich eine »besondere Rolle« übernommen.

Aber der Präsident zeigte auch die Grenzen auf, die Frankreich einhalten werde:

»Frankreich nimmt nicht und wird auch nicht an den nuklearen Planungsmechanismen der NATO teilnehmen. Dieses Prinzip wird bleiben«, sagte er.

Tatsächlich ist Frankreich bei den Sitzungen der Nuklearen Planungsgruppe, dem entscheidenden Gremium für die Festlegung der atomaren Zielsetzungen der Allianz, nicht dabei. Bei der konventionellen Rüstung, so beobachtet man bei der NATO aufmerksam, hielten sich die Franzosen ebenfalls öfter zurück. Begründung: Sie hätten ja Atomwaffen. Und dennoch legt Paris Wert darauf, nicht völlig außen vor zu sein. Hollande unterstrich: »Frankreich möchte aktiv bei der Gestaltung der

nuklearen Politik der Allianz beteiligt sein. In dieser Hinsicht müssen alle NATO-Mitgliedsstaaten Konsistenz und Entschlossenheit bei dieser Verpflichtung zeigen.«

Und das tun die Franzosen auch, inzwischen auf eine proaktive Weise, die General de Gaulle, den Erfinder der unabhängigen »Force de Frappe«, gewiss befremden würde.

Briten und Franzosen setzen ihre weitgehende nukleare Zusammenarbeit fort, London kooperiert hier auch eng mit Washington. Auch das Kanzleramt wird informiert. Aber eine wirklich gemeinsame Politik ist hier nicht erkennbar.

Eine Weile gab es eine Debatte darüber, ob sich Deutschland nicht zumindest finanziell an diesem kleinen atomaren Klub der Nachbarn beteiligen könnte. Deutsches Geld für einen europäischen Atomschirm, den Franzosen und Briten dann stellen sollten. Die Deutschen würden dabei als Zahlmeister für die finanziell klammen Partner in Paris und London auftreten und sich den nuklearen Schutz auf diese Weise einkaufen. Ein unwahrscheinliches Ereignis, denn das würde am Ende doch nur dann funktionieren, wenn beide Regierungen ohne nationale Einschränkungen bereit wären, dies im Konfliktfall auch zuverlässig zu leisten und den übrigen europäischen Partnern eine Form der Teilhabe und damit der Mitsprache über die Einsatzpläne einräumen würden.

Eine Atommacht Europa – das bleibt klar, ist nicht die Lösung. Das würde bedeuten, dass die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedern, egal ob mit oder ohne Großbritannien, einen hochkomplexen militärischen wie politischen Konsultations- und Entscheidungsmechanismus entwickeln müsste. Der gegenwärtige Zustand der EU, in der man militärisch zwar näher zusammenrücken will und dafür große Anstrengungen macht, gleichzeitig aber eine europäische Armee unter einem gemeinsamen Oberkommando von vielen als Illusion betrachtet wird, lässt erahnen, wie aussichtslos es wäre, eine Atommacht unabhängig von Amerika zu schaffen. Es wäre zugleich das Ende der NATO, deren nuklearer Charakter eines ihrer stärksten Bindeglieder ist.

In der Bundesregierung hält man dies ohnehin für eine Scheindebatte. Aus Frankreich gebe es keinerlei Anzeichen dafür, dass man dort eine europäische Teilhabe an dem Atompotenzial des Landes zulassen würde. Das sei ein »Phantom«.

Auch bei dem mit absoluter Mehrheit gewählten französischen Präsidenten Emmanuel Macron sah man in Berlin keine Änderung dieser Haltung. Die alles entscheidende Frage ist am Ende die: Wer drückt wirklich auf den roten Knopf, wenn es darauf ankommt?

Auch Wolfgang Ischinger, langjähriger Spitzendiplomat im Auswärtigen Amt und heute Chef des weltweit wichtigsten sicherheitspolitischen Forums, der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC), hält von solchen Gedankenspielen nichts. Es könne nur einen geben, der Atomwaffen freigebe: »Leute, die darüber nachdenken, übersehen eins: Nukleare Entscheidungen können Sie nicht per Komitee treffen. Es gibt nicht den europäischen Knopfdrücker. Das ist eine Schimäre.«

Der Konflikt ist nicht wirklich neu. Das war natürlich immer die Kernfrage, die sich auch dem bisherigen Inhaber der Kontrolle über die NATO-Atomwaffen, dem amerikanischen Präsidenten, stellt. Schon seit dem ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer stand sie immer im Raum: Würden die Amerikaner tatsächlich, etwa für das geteilte Berlin, Atomwaffen einsetzen und damit die Gefahr heraufbeschwören, dass der Konflikt schnell eskalieren und zum Einsatz von strategischen nuklearen Raketen führen würde, die dann auch den amerikanischen Kontinent verwüsten würden?

Das war, und das bleibt das in Wahrheit nicht auflösbare Dilemma, das bisher unbeantwortet blieb. Politiker haben sich angewöhnt, bei Atomwaffen eigentlich nicht an den Ernstfall zu denken, sondern sie ausschließlich als politische Waffen zu sehen – will heißen: Sie werden sowieso nicht eingesetzt. In dem Eifelstädtchen Büchel und den umliegenden Gemeinden hofft man erstmal auf Planungssicherheit. Das setzt allerdings voraus, dass die Grundeinstellung in der politischen Landschaft in Berlin dazu so bleibt wie seit Jahrzeh-

ten. Versuche, dies zu ändern, sind gemacht worden, bisher allerdings erfolglos. Rund zwei Jahrzehnte schienen die alten atomaren Machtblöcke USA und Russland bereit, den Kalten Krieg tatsächlich hinter sich zu bringen und die Welt von der atomaren Geißel zu befreien, die die Menschheit so fest im Griff hatte.

Der junge Präsident Barack Obama wollte nach seiner ersten Wahl im November 2008 mit Russland einen »Reset«, einen Neuanfang wagen. Seine Leute im Weißen Haus suchten dabei auch Rat bei den Deutschen, die im Umgang mit den Russen jahrzehntelange Erfahrung hatten. Klaus Scharioth, damals Botschafter in Washington und davor Staatssekretär im Auswärtigen Amt, erlebte das aus nächster Nähe: »Obamas Leute haben uns schon sehr früh gefragt: Was kann man eigentlich machen, um mit Russland voranzukommen? Wir waren natürlich die Hauptbefürworter einer Abrüstungsinitiative für Nuklearstaaten. Man kann sich vorstellen, dass andere Länder jetzt nicht so scharf auf eine aktive Antiproliferationspolitik waren. Wir hatten ja völkerrechtlich (auf eigene Atomwaffen) verzichtet. Und deswegen war es noch mehr im deutschen Interesse, weil es für uns eine reine Win-win-Situation war. Wir haben die Obama-Leute sehr bestärkt, das mit Russland zu machen und haben ihnen auch gesagt, dass selbst in schwierigen Zeiten das auch im sowjetischen Interesse war.« Schließlich seien auch im Kalten Krieg die großen Abrüstungsabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion abgeschlossen worden. »Wir haben immer gesagt: tolle Sache.«

Tatsächlich fand Obama in dem damaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew einen Mann, der diese Ziele teilte. Beide Seiten standen allerdings auch unter Druck. Der Vorgängerabrüstungsvertrag START I, der noch kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion von Michail Gorbatschow und Präsident George H. W. Bush unterschrieben worden war, würde bald auslaufen, START II war zwar unterschrieben, aber nicht in Kraft gesetzt worden. Von Mai 2009 bis zum November wurde verhandelt, im April 2010 dann unterzeich-